



# Interviews

**Datum: 28. Juni 2024**

## **Interview mit Thomas Kufen, CDU, Oberbürgermeister Essen im Gespräch mit Maria Grunwald**

**Maria Grunwald:** Die AfD veranstaltet am Samstag und Sonntag in Essen in der Grugahalle ihren Bundesparteitag. Der Stadtrat war darüber wenig erfreut, fügte dem Mietvertrag für die Grugahalle nachträglich eine Selbstverpflichtung zu. Die AfD solle garantieren, dass es zu keinen verfassungsfeindlichen Parolen kommen werde. Die AfD stimmte nicht zu, der Mietvertrag wurde gekündigt, die AfD zog vor Gericht und bekam recht. – Das ist das Vorspiel zum AfD-Bundesparteitag in Essen.

Zusätzlich bereitet sich die Stadt auf zahlreiche Anti-AfD-Demonstrationen vor. Mehrere zehntausend Menschen werden erwartet. Die Polizei plant einen Großeinsatz und rechnet auch mit mehreren hundert gewaltbereiten Störern.

Das alles mündet in der Frage: Was ist der richtige Umgang mit der AfD? – Dazu kann ich jetzt sprechen mit Thomas Kufen (CDU), Oberbürgermeister Essens. Guten Morgen, Herr Kufen.

**Thomas Kufen:** Guten Morgen aus Essen.

**Grunwald:** Herr Kufen, wie gut sehen Sie die Stadt Essen für den AfD-Parteitag und die Proteste gerüstet?

**Kufen:** Wir sind gut vorbereitet, vor allen Dingen dank der Polizei. Es wird ein sehr großes Polizeiaufgebot geben, denn das Thema Sicherheit ist das, was absolute Priorität hat für die Essenerinnen und Essener und sicherlich auch für die, die ihren Protest friedlich ausdrücken wollen. Da kommt einiges auf uns zu, aber ich sehe uns gut vorbereitet.

**Grunwald:** Es wird mit gewaltbereiten Störern gerechnet?

**Kufen:** Das ist das, was im Netz rauszulesen ist. Wir haben insgesamt, über das ganze Wochenende gerechnet, über ein Dutzend Kundgebungen und Versammlungen und Demonstrationen angemeldet. Wenn man alles zusammenaddiert, rechnen die Veranstalter alle zusammen mit rund 80.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Da würde ich sicherlich nicht

für jeden einzelnen die Hand ins Feuer legen und das kann auch kein anderer. Deshalb ist es gut, dass die Polizei vorbereitet ist.

**Grunwald:** Das ist eine Hausnummer. – Zahlreiche Anti-AfD-Proteste über das Wochenende, haben Sie gesagt. Es gibt sogar ganze Protestcamps gegen Rassismus. Es wird Straßensperrungen geben, es ist mit Verkehrschaos zu rechnen, kein normaler Parteitag. Wie sehr ärgert Sie das?

**Kufen:** Weil es auch keine normale Partei ist. Es gibt keine Partei in Deutschland, die so polarisiert. Vor allen Dingen sehen wir doch seit Monaten eine sehr deutliche Radikalisierung der AfD. Das sieht man in den Prozessen gegen führende Köpfe wie Herrn Höcke. Die ganzen Umstände, wie der Spitzenkandidat der AfD zur Europawahl ausgetauscht wurde, weil er die SS verharmlost. Die Konferenz in Potsdam mit maßgeblicher Beteiligung auch der AfD, die über Remigration sprach, also Menschen, die hier rechtmäßig leben, abspricht, zukünftig in Deutschland leben zu können. Das elektrisiert gerade auch die Menschen im Ruhrgebiet. Ich will das noch mal vergegenwärtigen: 600.000 Einwohner, 200.000 davon haben selbst einen Migrationshintergrund. Im Ruhrgebiet ist es so: Ob jemand Einheimischer ist oder Zugewanderter, ist immer nur eine Frage des Zeitpunkts. Irgendwann ist jeder hier hingekommen. Und dass so ein Parteitag mit so einer Partei die Menschen besonders elektrisiert, das liegt auf der Hand.

**Grunwald:** Sie haben versucht, den AfD-Parteitag in Essen zu verhindern. Der Mietvertrag für die Grugahalle mit der AfD wurde gekündigt. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen gab aber der AfD recht. Die AfD ist eine Partei, die in Teilen gesichert rechtsextremistisch vom Verfassungsschutz eingeordnet ist. Trotzdem wurde sie ja demokratisch gewählt. Warum ist es nicht legitim, dass eine demokratisch gewählte Partei ihren Parteitag abhält?

**Kufen:** Das haben wir gar nicht bestritten. Natürlich hat auch die AfD Anspruch darauf, wie alle anderen Parteien auch, die nicht im Verfassungsschutzbericht als verfassungsgefährdet gelistet sind, in öffentlichen Räumlichkeiten ihre Veranstaltungen durchzuführen. Was wir allerdings nicht hinnehmen müssen, auch als Stadt, dass in unseren Räumlichkeiten Straftaten begangen werden, und da haben wir aus unserer Sicht sehr viele Hinweise, dass sich das mehr bei AfD-Veranstaltungen, dass dort strafbewährte SS-Parolen, insbesondere aus dem Umfeld von Herrn Höcke immer wieder getätigt werden. Selbst danach, wo er angeklagt war, hat er diese SA-Formel weiterverwandt. Das ist einer Kommune nicht zuzumuten und deshalb haben wir die AfD gebeten, eine Selbstverpflichtung einzugehen, dass sie alles tun wird, das zu unterbinden, wenn das aus dem Kreis der Delegiertenschaar oder der Gäste der AfD

getätigt wird. Dazu war die AfD nicht bereit, dann haben wir gekündigt. Das Gericht hat allerdings gesagt, das Recht auf Versammlung ist höher als präventiv gegen Straftaten vorzugehen. Das akzeptiere ich.

**Grunwald:** Sie wollten, dass die AfD eine Selbstverpflichtung unterschreibt, dass es zu keinen verfassungsfeindlichen Parolen kommen werde. Aber könnten denn Ihrer Meinung nach alle anderen Parteien wirklich garantieren, dass niemand ihrer hunderten Delegierten und Besucher eines Parteitags niemals nie etwas Verfassungsfeindliches sagt, oder geht es hier nur um einen Trick, um einen politischen Gegner, die AfD, los zu werden?

**Kufen:** Ich glaube, alle anderen Parteien hätten diese Selbstverpflichtung selbstverständlich unterschrieben. Es geht ja nicht darum, im Vorfeld schon zu sagen, wer was nicht tun wird, sondern wenn solche Äußerungen getätigt werden, dass man dann einschreitet, und selbst dazu war ja die AfD nicht bereit. Das ist jetzt aber ein Blick zurück, der nichts bringt.

Ich sage Ihnen noch ein weiteres Beispiel. Wir haben unsere alte Synagoge. Die könnte auch die AfD anmieten. Das ist eine Vorstellung, die vielen im Stadtrat doch große Sorgen bereitet, ob das der richtige Kontext ist für diese Partei. Insofern haben wir bundesweit mittlerweile eine Debatte darüber, unter welchen Bedingungen auch Kommunen ihre Räumlichkeiten Gruppierungen, Parteien zur Verfügung stellen, oder ob man nicht hierzu im Vorfeld klarere Regeln treffen kann. Das war sicherlich mit Blick auf den AfD-Parteitag das, was das Gericht nicht überzeugt hat, wenn man im Nachhinein solche Regeln ändern will.

**Grunwald:** Sie haben auch angekündigt, künftig die Grenzen für die Nutzung der Veranstaltungsorte enger zu ziehen, klare Bedingungen an die Mieter zu stellen. Welche denn?

**Kufen:** Zum einen keine strafbewährten Äußerungen, dass das eine klare Erwartungshaltung ist an die Veranstalter, alles zu tun, dass es dazu nicht kommt. Aber wir gehen auch weiter. Auch das Leugnen des Existenzrechts Israels, das Leugnen der Schoa, solche Leute wollen wir in unseren Räumen nicht. Auch wenn sie einen Anspruch darauf haben, muss doch eine Kommune sagen können, nee, liebe Leute, an solche Leute wollen wir nicht vermieten.

**Grunwald:** Werden solche Selbstverpflichtungen, dass man keine verfassungsfeindlichen Parolen äußern darf, weiterhin Ihre Methode sein?

**Kufen:** Wir hatten am Mittwoch Stadtratsitzung. Es gab einen Antrag von CDU, Grünen und FDP, genau dahin uns zu beauftragen, eine entsprechende Regelung vorzulegen. Das werden wir nach der Sommerpause tun. Zwischenzeitlich wird es wahrscheinlich eine weitere AfD-Veranstaltung auch in Räumlichkeiten der Stadt Essen geben, einen Bürgerdialog. Wir bereiten uns vor auf weitere Veranstaltungen, aber nicht nur für die AfD, sondern für alle, die unsere Räumlichkeiten nutzen wollen.

**Grunwald:** Die AfD ist bei den Europawahlen in fünf Stadtteilen Essens stärkste Kraft geworden und in zwölf von 50 Essener Stadtteilen hat die AfD über 20 Prozent erzielt. Ist das Kündigen eines Mietvertrages für eine Parteitaghalle da nicht ein hilfloser Versuch, wenn Sie doch eigentlich mit einer guten CDU-Politik Antworten auf die AfD finden müssten?

**Kufen:** Die CDU war in Essen bei dieser Europawahl mit Abstand stärkste Kraft und die AfD war viertstärkste Kraft. Dazwischen war noch SPD und Grüne. Das sieht im Bundesgebiet und insbesondere auch in den neuen Bundesländern noch mal ganz anders aus.

**Grunwald:** Aber ich fragte trotzdem, ob das eine Ablenkung ist.

**Kufen:** Nein! Ich beantworte die Frage: Nein! – Das ersetzt aber die Auseinandersetzung mit der Partei AfD, die sich zunehmend radikalisiert, nicht, dass man auch um die Wähler kämpft, diejenigen, die die AfD gewählt haben, und auch mal genau hinschaut, nach welcher Motivation. Da habe ich sehr klare Vorstellungen, woran das liegt – nicht, weil sie mit der Programmatik der AfD einverstanden sind, sondern weil sie mit der generellen Richtung von Bundespolitik und Europapolitik nicht einverstanden sind. Da habe ich auch eine andere Vorstellung. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Migrations- und Integrationspolitik in Europa und auch in Deutschland. Ankündigungen alleine reichen den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr. Die wollen Ergebnisse sehen und da muss die Politik liefern. Sonst werden sie weiter AfD wählen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*